

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Donnerstag, 18. Juni 2020 · Nr. 139 · 241. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · €4.90

Streit um Business-Jets spitzt sich zu

Beeinträchtigt die Geschäftsflierei den Innovationspark in Dübendorf?

sho. · Die Kritik an den Plänen, den Flughafen Dübendorf vor den Toren Zürichs für die Geschäftsflierei zu nutzen, löst ein gemischtes Echo aus. Der Präsident der Stiftung Innovationspark Zürich, die auf dem Areal eine Plattform für Hochschulen und innovative Firmen aufbaut, hatte sich am Mittwoch in der NZZ für einen reinen Werkflugplatz ausgesprochen. Das erlaube die Durchführung von wissenschaftlichen Experimenten, die viel Raum benötigten. Die Flughafen Dübendorf AG, die 2014 vom Bund den Zuscv i e - ü



Kim Yo Jong, die Schwester von Nordkoreas Machthaber, gewinnt an Einfluss. JORGE SILVA / AP

Die Entspannungspolitik in Korea geht zu Ende

Hinter Kim Jong Uns harter Linie soll seine Schwester stecken

paz. · Nordkorea dreht weiter an der Eskalationsschraube. Einen Tag nachdem Pjongjang das Verbindungsbüro in Kaesong gesprengt hat, droht es nun damit, wieder Schiessübungen in der Nähe der Waffenstillstandslinie zwischen den beiden Ländern durchzuführen. Nordkorea kündigte gleichzeitig an, Truppen in eine Industrie- und eine Tourismuszone zu verlegen, die früher für mit Südkorea gemeinsam organisierte Projekte genutzt worden waren. Der Industriekomplex Kaesong ist seit 2016 nicht mehr in Betrieb. Touristische Reisen von Südkoreanern zum Berg Kumgang wurden schon 2008 eingestellt.

Ein Angebot Seouls, im gemeinsamen Gespräch eine Lösung zu finden, schlug Pjongjang aus. Mit den Schritten der letzten Tage demonstriert es überdeutlich, dass es von der Annäherungspolitik des südkoreanischen Präsidenten Moon Jae In nichts mehr wissen will. Moon konnte 2018 mit mehreren Gipfeltreffen mit Kim Jong Un und einem Besuch in Pjongjang einen grossen politischen Erfolg feiern. Nun steht er vor einem Scherbenhaufen.

Offiziell reagiert das Regime von Kim Jong Un mit den angekündigten

Massnahmen darauf, dass Aktivisten aus dem Süden mit Ballonen Flugblätter nach Nordkorea geschickt haben. In einer Erklärung forderte Kim Yo Jong, die Schwester von Machthaber Kim Jong Un, am Mittwoch, Südkorea müsse «die Worte und das Verhalten solcher Dummköpfe kontrollieren, die uns weiter provozieren». Sie scheint parallel zur Verhärtung der politischen Position ihres Landes politisch an Statur gewonnen zu haben. Kim Yo Jong hat wieder im Politbüro der Arbeiterpartei Koreas Einsitz genommen und ist damit erneut im engsten Machtzirkel Nordkoreas präsent. Ihr wird nachgesagt, dass sie ihrem Bruder sehr nahestehe, und sie ist häufig an seiner Seite in Erscheinung getreten.

Seit dem gescheiterten Gipfeltreffen zwischen Nordkorea und den Vereinigten Staaten im Februar 2019 in Hanoi sind die Verhandlungen über das nordkoreanische Atomprogramm zum Stillstand gekommen. Damit verbunden haben sich die innerkoreanischen Beziehungen auf frostige Temperaturen abgekühlt. Südkoreas Präsidentschaft warf am Mittwoch Kim Yo Jong vor, rüde und sinnlose Äusserungen zu machen.

International, Seite 3

Nationalrat verteilt Notenbank-Gelder

SVP und Linke wollen Zusatzmilliarden für die AHV

Die grosse Parlamentskammer fordert den direkten Zugriff auf Erträge der Nationalbank. Sie verlangt die Verwendung von Gewinnen für die Altersvorsorge und für den Schuldenabbau.

HANSUELI SCHÖCHLI

Man stelle sich vor, dass die Zahlungen der Einkommensteuern von wehrpflichtigen Bürgern direkt für Kampfflugzeuge zu verwenden sind. Und die Mehrwertsteuern der 44-jährigen Brillenträger direkt in die Landwirtschaft fliessen. Und die Erträge aus Importzöllen für die Entwicklungshilfe reserviert sind. Und so weiter – bis alle Bundeseinnahmen per Gesetz schon im Voraus verteilt sind.

Auf diesem Niveau politisiert das Parlament mit grosser Lust. 2015 war bereits gut die Hälfte der Bundeseinnahmen «stark gebunden», nun sind es gar 63 Prozent. Das heisst: Das Parlament kann diese Mittel nicht kurzfristig für Wichtigeres verwenden, weil ein solcher Beschluss zum Beispiel eine Gesetzesänderung mit Referendumsmöglichkeit erfordern würde. Genau darum lieben Lobbyisten die Zweckbindung von Bundesgeldern für ihre eigenen Hobbys: Diese Mittelverwendung muss dann nicht mehr jedes Jahr im Budgetprozess mit unzähligen anderen guten Zwecken konkurrieren.

Allianz der Polparteien

Das jüngste Beispiel dieser Lust zur Zweckbindung lieferte am Mittwoch der Erfolg von zwei Motionen im Nationalrat zur Verwendung von Erträgen der Nationalbank (SNB). Laut dem einen Vorstoss, der vom Zürcher SVP-Nationalrat Alfred Heer stammt, sollen die SNB-Erträge aus Negativzinsen direkt in die AHV fliessen. Zuletzt waren dies etwa 2 Milliarden Franken pro Jahr, in den nächsten Jahren mag dies einiges weniger sein. Die Begründung für den Vorstoss war originell: Die Sozialwerke seien durch die Negativzinsen erheblich belastet (obwohl Guthaben des AHV-Fonds bei der Nationalbank von Negativzinsen ausgenommen sind), und der Bund profitiere von der SNB-Politik, weil er sich zu Negativzinsen verschulden könne. Mit der gleichen Logik müsste man auch Notenbankgelder zur Subventionierung vieler anderer Akteure verwenden – zum Beispiel für die Geschäftsbanken, deren Margen wegen der Tiefzinsen geschrumpft sind, und für die vielen Sparer, die auf ihren Konti abzüglich Spesen faktisch Negativzinsen zahlen.

Doch der Griff nach SNB-Geldern erscheint politisch besonders attraktiv, weil dies suggeriert, dass die Sache den Bund direkt nichts kostet, sondern nur untätig herumliegende Notenbankgelder verwendet werden. Die Realität ist eine ganz andere. Die Erträge und Ausschüttungsreserven der Nationalbank spiegeln künftige Ausschüttungen für Bund und Kantone; wenn SNB-

Erträge direkt für einen bestimmten Zweck verwendet werden, stehen für die vielen anderen guten Zwecke entsprechend weniger Mittel zur Verfügung.

Der Vorstoss von Heer erreichte im Nationalrat eine komfortable Mehrheit von 108 zu 79 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Der Linksblock stimmte praktisch geschlossen dafür, die SVP grossmehrheitlich. Die Linke liebt Bundessubventionen für die AHV, da sich damit die starke Umverteilung des Sozialwerks von oben nach unten und von den Jungen zu den Älteren halten bis ausbauen lässt – und die AHV-Zusatzmilliarden die Hoffnung geben, dass sich eine nachhaltige Sanierung mittels Erhöhung des ordentlichen Rentenalters noch weiter aufschieben lässt. SVP-Politiker mögen ebenfalls mutmassen, dass Zusatzmilliarden für die AHV und die Verschiebung nachhaltiger Reformen des Sozialwerks auf später in der eigenen Parteibasis gerne gesehen sind.

Die Mitteparteien lehnten den Vorstoss ab. Zu den genannten Kritikpunk-

ten gehören die Einschränkung der SNB-Unabhängigkeit, die Hemmung gegenüber neuen Ausgaben angesichts der massiv steigenden Bundesschulden und der Hinweis, dass sich die AHV mit den diskutierten Zusatzgeldern nicht nachhaltig sanieren lässt. Die Kritiker können hoffen, dass es der Vorschlag im Ständerat, wo die Links-rechts-Allianz keine Mehrheit hat, deutlich schwerer haben dürfte.

Zwang zum Schuldenabbau

Anders verliefen die Fronten bei der anderen beschlossenen Motion zur Verwendung von SNB-Geldern. Dieser Vorstoss stammt von der Wirtschaftskommission des Nationalrats und fordert, dass der Bundesanteil der künftigen SNB-Gewinnausschüttungen direkt für den Abbau der Corona-Schulden zu verwenden sei. Dies soll sicherstellen, dass es zumindest in einer gewissen Kadenz zu einem Schuldenabbau kommt. Die Zustimmung aus SVP, FDP und CVP reichte für eine knappe Mehrheit von 95 zu 91 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Die Corona-Krise dürfte aus heutiger Sicht die Bundesschulden innert zweier Jahre um etwa 30 bis 50 Milliarden Franken erhöhen. Für 2019 belief sich der Bundesanteil der SNB-Ausschüttung auf 1,3 Milliarden Franken. Jeweils ein Drittel der Ausschüttung fliesst an den Bund, und zwei Drittel gehen an die Kantone.

Die Linke, die Mehrausgaben statt Schuldenabbau will, war geschlossen gegen diesen Vorstoss. Dagegen stimmten auch die Grünliberalen, die keine Zweckbindung von Nationalbankgeldern wollen – auch nicht für den Schuldenabbau. Auch dieser Vorstoss muss noch die Hürde des Ständerats nehmen. Der Ausgang ist offen.

Donnerstag, 18. Juni 2020

SCHWEIZ

Neue Zürcher Zeitung

11

Mitten in der Corona-Krise planen Destinationen wie Titlis und Rigi grosse Investitionen **SEITE 12**

In der Krise will FDP-Ständerat Damian Müller keine IV-Reform ohne Sparmassnahmen beschliessen **SEITE 13**

«Schönwetterreform im Hurrikan»

Die vor der Krise aufgegleiste Reform der Invalidenversicherung weckt bei Bürgerlichen Skepsis

FABIAN SCHÄFER, BERN

Wie ein Relikt aus einer anderen Zeit wirkt die aktuelle Reform der Invalidenversicherung (IV). Die Vorlage atmet den Geist der wirtschaftlichen Blüte und der Zuversicht. Sozialminister Alain Berset hat das Parlament dazu gebracht, zum ersten Mal seit langem eine IV-Reform ohne Sparmassnahmen aufzusetzen. Ihr Fokus liegt auf der Eingliederung Jugendlicher und psychisch Kranker. Der SP-Bundesrat konnte vor Jahren viele bürgerliche Parlamentarier davon überzeugen, dass das Sozialwerk wieder im Lot sei und seine Schulden von immer noch 10 Milliarden Franken wie geplant abbauen könne, auch ohne weitere Kürzungen.

Die rosigen Prognosen sind schon länger überholt, mit der Corona-Krise erst recht. Trotzdem steht das Parlament kurz davor, die IV-Reform definitiv zu beschliessen. Am Freitag findet die Schlussabstimmung dazu statt. Eigentlich war diese bereits in der Märzsession anberaumt, dann kam die Pandemie dazwischen, die Session wurde abgebrochen. Im März wäre der Entscheid still und leise über die Bühne gegangen. Nun aber muss das Parlament die IV-Reform im grellen Licht der «neuen Normalität» verabschieden, unter den Vorzeichen der Krise.

So tun, als wäre nichts passiert?

Unter bürgerlichen Parlamentariern weckt die Vorlage Unbehagen. Sollen sie die Vorlage unterstützen und so tun, als wäre nichts passiert? Die drohende Krise ist für die IV doppelt gefährlich: Wegen der steigenden Arbeitslosigkeit dürften die Einnahmen aus den Lohnbeiträgen geringer ausfallen, gleichzeitig könnte es schwieriger werden, Personen mit Erkrankungen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die Stabilität der IV scheint aufs Neue infrage gestellt. Der Zeitpunkt der Schuldentilgung rückt weiter in die Ferne, nachdem ihn das Departement Berset schon mehrfach nach hinten geschoben hat. Nach den letzten Projektionen soll die IV 2033 schuldenfrei sein – doch das sind Vor-Corona-Zahlen. Leidtragende ist die AHV. Bei ihr ist die IV verschuldet, und sie würde das Geld dringend benötigen.

Nun steht FDP-Ständerat Damian Müller auf die Bremse. Zunächst verlangte der Luzerner Anfang Mai aktuelle Zahlen zur IV, doch sein Vorstoss blieb bisher unbeantwortet. Dann versuchte er hinter den Kulissen, die Schlussabstimmung in den Herbst zu verschieben, um mehr Klarheit über die wirtschaftliche Entwicklung zu haben, doch das lässt



Die drohende Rezession dürfte die Integration von Personen mit Beeinträchtigungen in den Arbeitsmarkt erschweren. Im Bild ein Lehrmittel der Sehbehindertenhilfe zur Vorbereitung auf eine Lehrstelle.

KARIN HOFER / INZZ

sich rechtlich nicht machen. Erst recht unmöglich ist es, die Vorlage noch zu ändern, das Parlament kann sie nur noch integral annehmen oder versenken. Müller zieht die Konsequenzen: Er werde die Vorlage am Freitag ablehnen.

«Ich kann es mit meinem Verantwortungsfühl nicht vereinbaren, mitten im Hurrikan eine Schönwetterreform zu beschliessen.» Die Zweifel und die Unsicherheiten seien zu gross. Der Sozialpolitiker betont, es gehe ihm nicht darum, die IV «kaputtzusparen». Aber wenn man die Versicherung wieder aus dem Ruder laufen lasse, seien später noch gravierendere Kürzungen notwendig. «Ich glaube nicht daran, dass wir das Volk noch einmal zu einer Steuererhöhung für die IV überreden können, nachdem die Politik die damals versprochene Sanierung nicht durchgezogen hat.» 2009 haben Volk und Stände knapp eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer für die IV genehmigt.

Ständerat Müller berichtet von «vielen heftigen Reaktionen» in den letzten Wochen. Nachdem er in seinem Vorstoss angedeutet habe, dass für ihn eine Verschiebung infrage komme, sei er von Lobbyisten der Behindertenverbände «massiv bearbeitet» worden. Er könne

sich die Heftigkeit nicht erklären, sie mache ihn stutzig.

Die Nervosität war wohl unnötig. Dass die IV-Reform am Freitag scheitert, ist unwahrscheinlich. Auch bürgerliche Parlamentarier argumentieren, man dürfe jetzt nicht einfach alles über den Haufen werfen, zumal das Ausmass der Probleme noch unklar sei. Neben der SVP, welche die Vorlage schon immer kritisch beurteilt hat, dürften kaum weitere Fraktionen dagegen stimmen. Auch in der FDP gibt es dem Vernehmen nach keine grössere Opposition. Fraktionschef Beat Walti begründet dies primär damit, dass die Vorlage zwar die ursprünglichen Ziele verfehle, die Situation der IV aber zumindest nicht noch verschlechtere, da sie kaum zu höheren Kosten führe.

Bersets Schönfärberei

Auch Ruth Humbel hat nicht wirklich ein gutes Gefühl, trotzdem will die CVP-Nationalrätin der Vorlage zustimmen. Als Präsidentin der Sozialkommission versuchte sie, Klarheit zu schaffen. Berset musste der Kommission Zahlen zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die Reform präsentieren. Fazit: Eigentlich bleibt alles etwa gleich. «Eine

mutige Prognose», sagt Humbel. Sie wehelt ihre Zweifel nicht. Ob es richtig sei, gerade jetzt – vor einer absehbaren Rezession – das neue, stufenlose Rentensystem einzuführen, sei fraglich.

Ruth Humbel wird grundsätzlich: «Wir haben in dieser Reform alle heiklen, unangenehmen Entscheide ausgeklammert, in der Annahme, die IV sei über den Berg – aber eigentlich wissen wir inzwischen, dass das nicht stimmt.» Die Corona-Krise habe die letzten Zweifel beseitigt. Mit dieser Reform werde die IV auf lange Zeit hinaus nicht in der Lage sein, ihre Schulden zurückzuzahlen, sagt Humbel. Bereits hat ihr Parteikollege Christian Lohr verlangt, der Bund solle die IV-Schuld übernehmen. «Das kommt nicht infrage», entgegnet Humbel. Man habe dem Volk 2009 versprochen, die IV zu sanieren.

Trotz allem will Humbel der Reform zustimmen. Sie sieht darin auch wichtige Fortschritte, namentlich für Jugendliche. «Aber», betont sie, «danach muss es sofort weitergehen.» Bundesrat Berset solle umgehend eine weitere IV-Reform ausarbeiten, die auch unpopuläre Schritte umfassen müsse. «Er hat die finanziellen Probleme der IV nun jahrelang schönge-redet, jetzt muss er sie endlich lösen.»

Ueli Maurers wackere Ansage

Neues IT-Projekt beim Bund

fab. Bern · Eine halbe Million Lohnabrechnungen, 600 000 eingehende Rechnungen, 1,2 Millionen Transaktionen im Zahlungsverkehr: Dies sind nur einige Kennzahlen zu den Supportprozessen der Bundesverwaltung, die eine neue IT-Basis benötigen. Ab Ende 2025 wird das heutige SAP-System vom Hersteller nicht mehr unterstützt. Die geplante Erneuerung trägt einen hübschen Projektnamen («Superb»), weckt aber unguete Erinnerungen. Mehrfach hatte der Bund mit Problemen und Mehrkosten bei IT-Projekten zu kämpfen, etwa beim «Insieme-Debakel» der Steuerverwaltung.

Kommt hinzu, dass das jetzige Vorhaben teuer ist. Die Gesamtkosten werden auf 780 Millionen Franken veranschlagt. Trotzdem hat der Nationalrat die Vorlage, die separate Projekte für die Verwaltung und die Armee umfasst, am Mittwoch einstimmig genehmigt. Bundesrat Ueli Maurer machte eine wackere Ansage: «Ein Debakel, wie wir es mit Insieme erlebt haben, ist hier ausgeschlossen.»

Innerhalb der Verwaltung war das Projekt lange heftig umkämpft. Maurer benötigte mehrere Anläufe, um die Vorlage durch den Bundesrat zu bringen. Die Finanzkontrolle erkennt immer noch Mängel und Risiken, riet dem Parlament aber wegen der knappen Zeit bis Ende 2025 von einer Rückweisung ab.

Zu reden gab in der Verwaltung die Frage, wie stark sich mit «Superb» die Effizienz steigern lässt und wie man dieses Potenzial nutzen sollte. Maurer hatte zeitweilig vom möglichen Abbau Hunderter Stellen gesprochen, was aber heute kaum mehr ein Thema ist. Am Mittwoch sagte SP-Nationalrätin Barbara Gysi, die Präsidentin des Bundespersonalverbands, ihr sei versichert worden, dass es keine Entlassungen gebe.

Bei einer zweiten Streitfrage hat der Nationalrat einen klaren Entscheid gefällt: Er will die Macht der einzelnen Departemente und Ämter in IT-Fragen stark eingrenzen, um einem einheitlichen Grundsystem zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu will er eine einfache Hackordnung festlegen. Gibt es unlösbare Differenzen, hat stets der oberste Projektleiter das letzte Wort. Bei ihm handelt es sich um Pierre Broje, den Direktor des Bundesamts für Bauten und Logistik im Departement Maurer.

So viel Durchsetzungskraft wäre neu. Der Bundesrat selber favorisiert eine «föderalistischere» Lösung. Bei Differenzen entscheidet nicht die Projektleitung, sondern die Konferenz der Generalsekretäre aller Departemente. Finden auch sie keine Einigung, soll der Bundesrat höchstselbst über die IT-Streitfragen entscheiden. Dies lehnt der Nationalrat geschlossen ab. Als Nächstes ist der Ständerat am Zug.